




Konrad
Adenauer
Stiftung


Europabüro · European Office · Bureau Européen · Europees Kantoor

„Der Europäische Rat vom 21.-22.Juni 2007“

Melanie Frank / Barbara Einhäuser
Juni 2007

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 sekretariat@eukas.be

 <http://www.kas.de>

Im Schatten der Ergebnisse zum Reformvertrag steht die in den Schlussfolgerungen sich widerspiegelnde Bilanz der deutschen Präsidentschaft auf anderen Politikfeldern. Auch hier wurden bemerkenswerte Fortschritte im Bereich der Innen- und Justizpolitik (Migration, Asyl, Sicherheit) sowie die Fortschreibung der auf dem Frühjahrsgipfel getroffenen Vereinbarungen erzielt. Außenpolitisch wurden nicht alle vor Beginn der Präsidentschaft gesteckten Ziele erreicht. Die Schlussfolgerungen aber legen tragfähige Grundlagen und reflektieren das gute Management der Herausforderungen der letzten Monate.

1. Justiz- und Innenpolitik

Der Gesamtansatz zur Migration, bessere Migrationsstatistiken und Mobilitätspartnerschaften mit Drittstaaten

Bereits im Oktober 2005 diskutierten die Staats- und Regierungschefs über die Migrationsthematik, die sie als eine der größten Herausforderungen der Globalisierung bezeichneten. Die Kommission schlug daraufhin in ihrer Mitteilung „Erste Folgemaßnahmen nach Hampton Court“ konkrete Maßnahmen vor. Der vom Europäischen Rat 2005 gebilligte Gesamtansatz zur Migrationsfrage enthält migrationspolitische Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Afrika und Mittelmeerraum. Im Dezember 2006 wurde der Gesamtansatz erweitert, es kamen neue Politikbereiche wie legale Migration und Integrationsmaßnahmen hinzu.

Während des Juni-Gipfels wurde der Gesamtansatz nun auch geographisch weiter ausgebaut: Der Vorschlag der Kommission „Anwendung des Gesamtansatzes zur Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union“ vom vergangenen Mai möchte den Gesamtansatz zur Migrationsfrage nicht nur mehr auf Afrika und den Mittelmeerraum anwenden. Auf diese Weise klärt sich auch die Problematik um den Begriff „umfassender Gesamtansatz“ etwas auf. Der „umfassende“ Ansatz betrifft nun auch andere Regionen, insbesondere diejenigen an den östlichen und südöstlichen EU-Außengrenzen, die als Migrationsrouten Probleme bereiten.

Im Zuge der umfassenden Europäischen Migrationspolitik sieht der Rat von nun an auch eine engere Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der *Erstellung von Statistiken über internationale Migrationsströme* vor. In diesem Zusammenhang wird der Rat auf der Grundlage des Kommissionsvorschlag „Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften“ den Aufbau von Partnerschaften mit Drittländern, die gemeinsam mit der EU bereit sind, gegen illegale Einwanderung vorzugehen, weiterverfolgen. Das bedeutet, dass der Rat legale Migrationsmöglichkeiten für Bürger dieser Staaten überprüft, um so zu einer ausgewogenen Partnerschaft mit diesen Drittstaaten zu gelangen. Diese Möglichkeiten werden allerdings auf die spezifischen Arbeitsmarktbedürfnisse von EU-Mitgliedstaaten sowie die in den betreffenden Drittstaaten erzielten Kooperationsergebnisse abgestimmt werden.

Schengen

Bei der Erweiterung des Schengen Raumes bleibt es weiterhin Ziel, die Kontrollen an den Land- und Seegrenzen ab dem 31. Dezember 2007 und die Kontrollen an Flughäfen ab dem 29. März 2008 schrittweise abzuschaffen. Geknüpft ist dies an die Funktionsfähigkeit des Schengen-Informationssystems. Fortschritte bei der Realisierung des alten Systems in den neuen Mitgliedstaaten, wie von Portugal vorgeschlagen, werden begrüßt. Die Kommission wird gleichzeitig aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das neue System (SIS II) bis spätestens Ende Dezember 2008 finalisiert werden kann.

Die Integration des *Prümer Vertrages* in den Rechtsrahmen der EU, ein weiteres Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die polizeiliche Zusammenarbeit zu stärken.

Visa- und Asylpolitik

Das Visa-Informationssystem (VIS) ist für den Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts insofern von besonderer Bedeutung, als dass die EG-Verordnung über das Visa-Informationssystem es zuständigen Behörden (insbesondere den für Visa zuständigen Stellen, den Grenzübergangsstellen und den Einwanderungsbehörden) gestattet, in einer zentralen europäischen Datenbank Daten über Personen, die einen Visumantrag gestellt haben, sowie über Visa, die ausgestellt, verweigert oder aufgehoben wurden, zu speichern. Dadurch kann das sogenannte "Visa-Shopping" verhindert werden.

Der Rat erklärt weiterhin die Absicht, bis spätestens 2010 ein *Gemeinsames Europäisches Asylsystem* einzuführen.

2. Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Konkretes Ergebnis des Gipfeltreffens betreffend die *Eurozone* ist der Beitritt Zyperns und Maltas. Damit ist der Euro ab 2008 Währung in 15 Mitgliedstaaten der EU.

Überprüfung des Binnenmarktes durch die Kommission

Die Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarktes bleibt weiterhin auf der Agenda der EU. Bereits dem Frühjahrsgipfel legte die Europäische Kommission einen Zwischenbericht für die Binnenmarktrevision vor. Der Abschlussbericht mit konkreten Handlungsvorschlägen soll im Herbst folgen. Neben Vorschlägen zur Stärkung des Vertrauens der Bürger und Verbraucher in die Qualität der Waren und Dienstleistungen, sowie der Förderung des Wissensgesellschaft wird es in dem Bericht im Wesentlichen dabei darum gehen, die Mitgliedstaaten erneut in die Pflicht zu nehmen, bestehende Regelungen auch konkret umzusetzen.

Poststreit

Nicht gelungen ist es der deutschen Ratspräsidentschaft eine Einigung in der Liberalisierung der Postdienste zu erreichen. Die für 2009 geplante EU-weite Marktöffnung wurde von einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Italien und Polen, abgelehnt und wird nun nicht realisiert. Die Sorge um Konsequenzen des verstärkten Wettbewerbs und die Frage der flächendeckenden Versorgung war Grund für den heftigen Widerstand. Das weitere Vorgehen wird ein stufenweiser Übergang sein, wie ihn auch der deutsche Europaparlamentarier Markus Ferber (CSU) im Verkehrsausschuss vorgeschlagen hat. Der Ausschuss einigte sich am 19. Juni 2007 auf einen Kompromiss, der die vollständige Öffnung der Postmärkte in der EU bis zum 1. Januar 2011 vorsieht, wobei die neuen EU-Mitgliedstaaten wie auch Staaten mit extremer Rand- oder Insellage diese Frist um zwei Jahre verlängern können. Um gleichzeitig den Druck von den Ländern zu nehmen, die ihre Märkte bereits vorher liberalisiert haben, ist in dem Vorschlag vorgesehen, dass Postdienstleister, die

in einem Land tätig sind, indem der Markt noch nicht geöffnet ist, keinen Zugang zu bereits vollständig geöffneten Märkten bekommen. Zur Finanzierung des Universaldienstes ist ein Fonds vorgesehen, in den alle Postdienstleister einzahlen müssten. Alternativ könnten die Mehrkosten auch durch staatliche Zuschüsse gedeckt werden. Spätestens im September will das Plenum über den Vorschlag abstimmen.

Klimaschutz

Beim Klimaschutz wird sowohl auf die Ergebnisse des *G8-Gipfels von Heiligendamm* als auch auf die Ergebnisse des letzten Gipfels im März verwiesen. Die Schlussfolgerungen des G8-Gipfels werden als wichtiges Signal auch für eine weitere Einigung beim Klimaschutz auf europäischer Ebene verstanden. Die Festlegung auf ein integriertes energiepolitisches Gesamtkonzept mit bindenden Zielen auf dem März-Gipfel war ein wichtiger Schritt. Nun muss die Europäische Kommission jedoch mit den einzelnen Mitgliedstaaten verhandeln. Die festgelegten Ziele werden auf nationale Belastungspläne umverteilt und es werden entsprechende Kriterien entwickelt, so dass jedes einzelne Mitgliedsland damit einverstanden sein kann. Die Ergebnisse der Verhandlungen sollen im Dezembergipfel vorgestellt werden.

3. Auswärtige Beziehungen

Zentralasienstrategie

Angenommen wurde auch die von der deutschen Ratspräsidentschaft vorgelegte Zentralasienstrategie. Die Kommission wird bis Mitte 2008 einen ersten Fortschrittsbericht dazu vorlegen. Die Strategie bildet einen umfassenden Rahmen für die Beziehungen in Bereichen der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und Demokratie, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Investitionen, Energie und Transport, Umweltpolitik, Migration und interkultureller Dialog.